



20.01.1989

45/88

SOZIALDEMOKRATEN FÜR EUROPA

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10

20

30

40

50

60

Mitteilung für die Presse

Eine gemeinsame Aktion aller demokratischen politischen und gesellschaftlichen Kräfte während der Europawahl gegen "Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und deutschtümelelnden Nationalismus" hat der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Gerd Walter, heute in Bonn gefordert. Anlaß ist die bundesweit mit Millionenaufwand betriebene Postwurfswendung der rechtsextremen Partei "Deutsche Volksunion - Liste D" (DVU), in der antieuropäische Ressentiments mit ausländerfeindlichen Untertönen zu einer brisanten, offenkundig rechtsextremen Mixtur unter dem Motto "Erst Deutschland - Dann Europa!" zusammengerrührt werden. Gerd Walter erklärte:

"Jüngste Umfrageergebnisse zeigen, daß rechtspopulistische Parolen wenige Monate vor der Europawahl einen beängstigend starken Widerhall in der Bevölkerung finden. So glauben über die Hälfte der Befragten, daß als Folge des Binnenmarktes und der Öffnung der europäischen Grenzen die Kriminalität zunimmt und Arbeitsplätze an Ausländer verlorengehen.

Die DVU und ihr Vorsitzender, Dr. Gerhard Frey, versuchen, in Aktionseinheit mit der NPD auf dieser Welle in das Europäische Parlament zu schwimmen. Ein Erfolg dieser Operation würde unabsehbare Folgen für das demokratische Ansehen der Bundesrepublik im Ausland und für das Parteiensystem in der BRD haben.

Ich rate den Bürgern, sich von diesem Versuch falscher Patrioten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, nicht irreführen zu lassen. Ich rate, die Annahme der Briefe, die derzeit im Rahmen der DVU-Kampagne in die Briefkästen wandern, zu verweigern und ungeöffnet an den Absender zurückzuschicken. Ich appelliere zugleich an die anderen demokratischen Parteien,

die Kirchen, die Gewerkschaften und die Medien, gemeinsam mit der SPD dem bössartigen Unfug der DVU die Stirn zu bieten. Niemand darf durch Schweigen die sensible, aber wachsende Zustimmung der Bürger zur Europäischen Gemeinschaft und dem Europäischen Parlament aufs Spiel setzen. Wo die DVU politisch steht, wird jedem spätestens bei der von ihr für Anfang Februar in Niederbayern geplanten Auftaktkundgebung zum Europawahlkampf klar werden. Dort sind neben Dr. Frey das Mitglied des NPD-Parteivorstands, Karl Feitenshansl, als Redner vorgesehen.

Eine klare Absage an Rechtsparteien wie die DVU ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß ausländerfeindliche und rassistische Stimmungsmache in den kommenden Monaten keine Chance hat. Gleichgerichtete Bestrebungen einer gemeinsamen Absage gibt es auch in anderen EG-Staaten. Im Rahmen eines Hearings wird sich auch das Europäische Parlament im März dieses Jahres mit dem Thema Rassismus und Fremdenfeindlichkeit befassen, nachdem eine feierliche Erklärung des Parlaments gemeinsam mit dem EG-Rat und der EG-Kommission gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bereits am 11. Juni 1986 unterzeichnet wurde."